

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

21.12.1928 (No. 299)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 958 und 954, Postfachkonto Nr. 3515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. K. M. e. n. Karlsruhe

Bezugskreis: Monatlich 3.25 RM, einjährig 32.50 RM, ... Einzelnummer 10 Pf., ... Samstags 15 Pf., ... Anzeigengebühren 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite.

Amtlicher Teil

Baden legt Verwahrung ein

Das Staatsministerium hat am Donnerstag, den 20. Dezember 1928, nochmals den Versuch gemacht, zu erfahren, ob wegen der Befehung des Verwaltungsrats der Reichsbahn-Gesellschaft eine vergleichsmäßige Verständigung möglich sei.

Dem Lande Baden steht auf Grund der zwischen dem Reich und Baden ausgetauschten Erklärungen vom 26. März und 5. Mai 1924 ein vertraglicher Rechtsanspruch auf Benennung eines Mitglieds zum Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zu.

Die Badische Regierung legt gegen die wiederholte Übergehung der Vertragsrechte Badens Verwahrung ein. Abgleich erhebt sie gegen die etwaige Absicht, Vertragsrechte der Länder durch Reichsgesetz einseitig zu ändern.

Badisches Staatsministerium, Dr. Schmitt.

Schiedspruch im Werftarbeiterstreit

W.D. Berlin, 21. Dez. (Tel.) Im Werftarbeiterstreit, in dem der Reichsarbeitsminister, wie bereits mitgeteilt, im öffentlichen Interesse ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet hatte, ist nach zwoeltägigen Verhandlungen heute in den frühen Morgenstunden ein Schiedspruch zustande gekommen.

Tagung der französischen Regionalisten

W.D. Paris, 21. Dez. (Tel.) Der Verband der französischen Regionalisten hat in seiner gestern hier abgehaltenen Generalversammlung eine Erklärung angenommen, in der er die verschiedenen regionalistischen Begriffe definiert.

Die Lage in Kabul

W.D. London, 21. Dez. (Tel.) „Times“ meldet aus Beshawar, daß das britische Flugzeug, das gestern wiederum einen Erkundungsflug über Kabul ausführte, dreimal von Geschossen getroffen wurde.

Der Bruder Litwinow, Maximowitsch Litwinow, ist infolge der belant Wechselaffäre in Paris verhaftet worden.

Letzte Nachrichten

Der Schiedspruch Severings

Der Reichsinnenminister über das Schlichtungsverfahren M.D. Berlin, 21. Dezember (Priv.-Tel.) Der Reichsinnenminister Severing hat heute seinen Schiedspruch gefällt, nachdem gestern sowohl die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer sich schriftlich verpflichtet haben.

Wichtig ist die Begründung. Der Reichsinnenminister stellt nämlich fest, daß beide Parteien sich nicht so verhalten haben, wie es dem Gesamtinteresse der Nation entsprochen hätte. Dabei gibt er ohne weiteres zu, daß das Schlichtungsverfahren erhebliche Mängel aufweist.

Hinsichtlich der Lohnregelung sieht der Schiedspruch zunächst vor, daß für die Zeit von der Wiederaufnahme der Arbeit bis zum 31. Dezember 1928 sich die Entlohnung nach dem für verbindlich erklärten Schiedspruch vom 27. Oktober 1928 regelt.

Hinsichtlich der Arbeitszeit werden folgende Bestimmungen getroffen: Mit Wirkung vom 1. Januar 1929 wird die Arbeitszeit in folgender Weise vergrößert: Für alle Arbeiter, die 60 Stunden arbeiten, allgemein auf 57 Stunden je Woche.

Der beim Reichsarbeitsgericht schwebende grundsätzliche Rechtsstreit über das Zustandekommen eines rechtsgültigen Tarifvertrags durch den Schiedspruch vom 27. Oktober 1928 wird durch die vorliegende Entscheidung nicht berührt.

Vortrag Dr. Stresemanns beim Reichspräsidenten

W.D. Berlin, 21. Dez. (Tel.) Reichspräsident von Hindenburg nahm heute den Vortrag des aus Lugano zurückgekehrten Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Stresemann, entgegen.

Der Sachverständigenausschuss

W.D. London, 21. Dez. (Tel.) „Daily Telegraph“ schreibt: Gestern wurden dem britischen Schatzamt von Paris und Berlin die Ergebnisse der letzten Besprechungen zwischen Poincaré und dem deutschen Vorkaufster in Paris mitgeteilt.

W.D. Paris, 21. Dez. (Tel.) „Echo de Paris“ berichtet, daß außer dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, der Vertreter Frankreichs im Transfer-Ausschuss, Parmentier, Delegierter Frankreichs im Reparationsfachverständigenausschuss sein werde.

Ein früherer ungarischer Minister in Antwerpen verhaftet. Die belgische Polizei hat in Antwerpen, einem Erfinden der ungarischen Regierung entsprechend, den früheren ungarischen Minister v. Barta, der wegen Betrügereien verfolgt wird, verhaftet.

Wirtschaftliche Umschau

Die Aufwertungshypothenken — Die Schluchsewerk A.-G. Die Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens

In drei Jahren, am 1. Januar 1932, werden die Aufwertungshypothenken fällig. In letzter Zeit fanden Vorbesprechungen im Reichsfinanzministerium statt, wobei man sich auch über eine etwaige Hinausschiebung dieses Termins unterhielt.

Festzuhalten ist daran, daß die privaten Aufwertungsgläubiger an und für sich schon schwer geschädigt sind, da sie ja nur ein Viertel der seinerzeit in gutem Goldgeld gegebenen Hypothenken zurückerhalten.

Schwieriger scheint die Lage der Versicherungsgesellschaften, zumal, soweit es sich um für Lebensversicherungen in Aussicht genommene Beträge handelt. Die Hypothenkenbanken zeigen sich geneigt, die Aufwertungshypothenken in Amortisationshypothenken umzuwandeln.

Im September dieses Jahres hat der Badische Landtag dem Bau der obersten Stufe des Schluchsewerks zugestimmt. Damals wurde angekündigt, daß man so bald als möglich mit den Arbeiten beginnen wolle.

Dieser Lage erfolgte nun, wie das im Landtag kurz vorher Finanzminister Dr. Schmitt angekündigt hat, die Gründung der Schluchsewerk A.-G. (Sitz Freiburg) mit einem Stammkapital von 14 Millionen Reichsmark.

Bei der Gründung der Schlachtereiverk A.-G. wies Staatspräsident Finanzminister Dr. Schmitt in eindrucksvollen Ausführungen auf die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des nun in Angriff genommenen großen Werkes hin. Baden, die Schweiz und das Rheinland haben sich hier zusammengeschlossen, um die Möglichkeiten des Oberrheins für Kraftgewinnung und (im Zusammenhang damit) auch für Schifffahrt auszunutzen. Das ganze Volk ist daran interessiert. Die neue Gemeinschaft bekämpfe praktisch die Arbeitslosigkeit, werde Industrie und Handwerk befruchten und der Landwirtschaft Anregung zu billiger und besserer Produktion geben. Darüber hinaus eröffne sich ein Zusammenschluß der wirtschaftlichen Kräfte am Rhein und später die Zusammenarbeit in einer gemeinsamen deutschen Elektrizitätswirtschaft. Außerdem zeige die Zusammenarbeit mit der Schweiz, wie die Verständigung über die deutschen Reichsgrenzen hinaus tatsächlich auf dem Marsch sei. Mit dem Hinweis, daß jetzt das Werk zwar juristisch geboren sei, daß es aber nun Fleisch und Blut und Knochen bekommen müsse, deutete der Finanzminister auf die weiteren Etappen, Kapitalbeschaffung und Bauinangriffnahme hin. Dabei buchte er als erstes Aktivum und als Vorbedingung für ein solch schweres und auch nicht risikofreies großes Werk das Vertrauen, das der Gründung des Badenwerks auch durch die Beschlüsse der badischen Volksvertretung erwiesen würde.

Die Nationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens hat dieser Tage wieder den badischen Landtag beschäftigt. Man erfuhr aus der Antwort des Regierungsvertreters auf eine volksparteiliche Anfrage, daß gegenwärtig der Reichsernährungsminister Dr. Dietrich mit den Zentralverbänden verhandle, und daß die Länder in Tätigkeit treten werden, wenn bindende Beschlüsse der Zentralverbände vorliegen. In Baden ist die Vereinigung der Winzergenossenschaften bereits vollzogen, während die Volkseigenen Genossenschaften noch verhandeln. Die Landesregierung werde die Einigungsbestrebungen erst dann fördern können, wenn innerhalb der Genossenschaften selbst die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Für die Interpellanten hatte Dr. Matthes darauf hingewiesen, daß durch die Zerstückelung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die gerade auf dem wichtigsten Gebiet, dem des Ablasses an die Konsumenten verlagert hätten, übermäßige Verwaltungskosten und auch direkte Vermögensverluste entstanden seien. Das badische landwirtschaftliche Genossenschaftswesen werde heute von fünf Stellen regiert, und in Baden sei die Überorganisation am größten im Reich. In einem Drittel der 1500 badischen Gemeinden beständen zwei Organisationen, die der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft und des badischen Bauernvereins, nebeneinander, und ähnlich sei es bei den Bezirkszentralen.

Wie übrigens auf der in dieser Woche in Offenburg erfolgten Gründungsversammlung des neuen badischen Weinbauverbandes — der zum ersten Schritt zur Vereinfachung des landwirtschaftlichen Organisationswesens in Baden darstellt — mitgeteilt wurde, besteht auch bei den übrigen landwirtschaftlichen Genossenschaften der entschiedene Wille zur Einigung. Sowohl Präsident Reibel vom Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften Karlsruhe, wie Präsident Dr. Schwörer vom badischen Bauernverein erklärten, daß die im Gange befindlichen Verhandlungen von beiden Seiten mit vollem Vertrauen und Glauben geführt werden, und daß man überzeugt sei, zu einer Einigung zu gelangen, wobei man jeden politischen Einfluß ausschalten wolle. Von anderer Seite wurde gemeldet, daß die Preussische Zentralgenossenschaftskasse, die Hauptgläubigerin und Geldgeberin für das deutsche Genossenschaftswesen, diese Bestrebungen in vollem Umfang stütze und fördere. Auch der neue badische Weinbauverband, in dem sich der bisherige Weinbauverband Karlsruhe, der badische Winzerverband und der Sonderausschuß für Winzergenossenschaften des Verbandes badischer Landwirtschaftlichen Genossenschaften Karlsruhe zusammengeschlossen, wird als Mitglied des Deutschen Weinbauverbandes politisch und konfessionell vollkommen neutral sein.

Der Reichsverband der deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften hat sich dieser Tage in einer in Dresden abgehaltenen Sitzung seines Gesamtschusses, seinem maßgebenden Verwaltungsorgan, für energische Fortführung der Einigungsverhandlungen ausgesprochen. Die Verwirklichung müsse nicht nur an der Spitze, sondern auch in den Provinzen und Ländern durchgeführt und politische Neutralität als Grundgesetz herausgestellt werden. In wirtschaftspolitischer Hinsicht wird jedoch eine Einigung angestrebt.

Der Reichsernährungsminister über die Lage der Landwirtschaft. Im landwirtschaftlichen Rundfunk der Deutschen Welle sprach Donnerstagsabend der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dietrich, über die Lage der Landwirtschaft an der Jahreswende. Er glaubt, daß wir uns dem Höhepunkt der Krise nähern. Der Wille des Staates, nach Möglichkeit zu helfen, sei vorhanden und müsse ergänzt werden durch die Selbsthilfe der Landwirtschaft.

Geb. Rat Dr. Karl Rosner †. Einer der angesehensten Berliner Ärzte, der bekannte Urologe und Sexualforscher, Geb. Medizinalrat an der Berliner Universität, Dr. Karl Rosner, ist im 76. Lebensjahre gestorben. Weit über den engeren Kreis seines Wirkens war er bekannt als Generalsekretär des deutschen Komitees für Veranstaltung internationaler Kongresse und als Mitbegründer der internationalen Vereinigung der medizinischen Fachpresse. Rosner war ein intimer Freund Rudolf Virchows, von dem er eine vielgenannte Biographie in dem Sammelwerk „Muster der Heilkunde“ herausgab.

Der Reichsbahnkonflikt

Der Reichspräsident und die Reichsregierung an Dr. Simons. R.W. Berlin, 21. Dez. Die Beschwerde des Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons, an den Reichspräsidenten hat der Reichspräsident durch ein Schreiben beantwortet, in dem er erklärt, daß er den Sachverhalt eingehend nachgeprüft habe. Er sei der Auffassung, daß die Reichsregierung verfassungs- und pflichtgemäß gehandelt habe, daß insbesondere weder ein Eingriff in die verfassungsmäßige Tätigkeit des Staatsgerichtshofes noch irgendeine Minderung der Autorität seiner Gerichtsbarkeit vorliege. Zu einer förmlichen Entscheidung über die Beschwerde erachte er sich aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht für zuständig.

Reichszentraler Müller hat namens der Reichsregierung ein Schreiben beigefügt, in dem es heißt: „Die Ernennung der Verwaltungsratsmitglieder mußte am 14. Dez. erfolgen, weil sonst schwere Schädigungen der Reichsbahnen von der Reichsregierung befürchtet werden mußten. Sie bitten Sie daher, davon Kenntnis nehmen zu wollen, daß von einer Mäßigung der Autorität des Staatsgerichtshofes durch die Reichsregierung keine Rede sein kann. Eine Frage nach den Gründen ist dem Staatssekretär des Reichsverkehrsministeriums bei seinem Telefongespräch mit Ihnen, Herr Reichsgerichtspräsident, nicht gestellt worden, vielmehr wurde bei diesem Gespräch von Ihnen lediglich die Möglichkeit erwogen, am folgenden Tage in der Hauptsache zu verhandeln. Es bedarf nicht der Hervorhebung, daß auf eine Anfrage bei der Reichsregierung jede erbetene Aufklärung erfolgt wäre. Die Reichsregierung ist davon überzeugt, daß auch der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich den vorstehenden Darlegungen entnehmen wird, daß sie ihm in keiner Weise die Achtung und das Vertrauen versagt hat, die ihm gebühren.“

R.W. Berlin, 21. Dez. (Tel.) Reichspräsident von Hindenburg hat den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons in einem persönlichen Schreiben gebeten, baldmöglichst nach Berlin zu kommen, um den zwischen der Reichsregierung und dem Staatsgerichtshof entstandenen Konflikt und zugleich das inzwischen eingegangene Rücktrittsgesuch des Reichsgerichtspräsidenten zu besprechen. Der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons hat mitgeteilt, daß er zu diesem Zwecke morgen beim Herrn Reichspräsidenten sich einfinden wird.

Der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons hat erklärt, daß seine endgültige Entscheidung über Rücktritt oder Verbleiben im Amte von dem Verlauf des morgigen Besuchs beim Reichspräsidenten abhängt.

Erklärungen Dr. Simons

Reichsgerichtspräsident Simons hatte am Donnerstag der Presse folgende Mitteilungen gemacht:

„Es ist richtig, daß ich unter dem 16. dieses Monats gleichzeitig mit der Eingabe, in der ich namens und im Auftrag des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich um Genugtuung für die Verletzung des Termins vom 15. Dezember durch die Reichsregierung gebeten habe, um meine Verabschiedung eingebracht habe, auch ein Schreiben an den Reichspräsidenten mitgeteilt habe, in dem ich die Veranlassung des Antrages Baden auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich wegen Offenhaltung der zum 1. Januar 1929 freierwerbenden Stellen im Verwaltungsrat der deutschen Reichsbahngesellschaft als Vorsitzender des Staatsgerichtshofes, wozu ich nach meiner Auslegung meiner Geschäftsbefugnis war, eine entsprechende Verfügung erlassen habe. Die Reichsregierung gewann dadurch die Frist, die sie benutzte, um die Stellen zu besetzen.“

„Ich habe die Verfügung unterlassen, weil das Reich gegen eine solche Veranlassung eingeleitet und gleichzeitige Gebeten hatte, noch im Laufe dieses Monats zur Sache selbst zu entscheiden, da die Entscheidung dringlich sei, und weil ich es vorzog, den schwerwiegenden Schritt der Unterjagung eines Vorgesetzten der Reichsregierung dem Staatsgerichtshof selbst vorzubehalten. Obwohl bei der schwerfälligen Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes, an die ich gebunden bin, bis dahin die Sache noch nicht entscheidungsreif gemacht werden konnte, habe ich den Termin auf den 15. Dezember angelegt und alle Beteiligten veranlaßt, auf Innehaltung der vorgeschriebenen Fristen zu verzichten. Diesen Verzicht hat auch die Reichsregierung ausgesprochen, ohne mir mitzuteilen, daß sie ihre Entscheidung schon vor dem 15. Dezember treffen werde. Meine Hoffnung, im Termin des 15. Dezember eine sachliche Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen, wurde dadurch und durch die Ablehnung einer Mitteilung der Gründe des Vorgehens der Reichsregierung unmöglich gemacht.“

Nach dem Befehl ist aber der Vorsitz im Staatsgerichtshof von der Stellung des Präsidenten des Reichsgerichts untrennbar. Infolgedessen mußte ich auch mein Hauptamt niederlegen. Im übrigen kann eine Schädigung des Ansehens des Staatsgerichtshofes auch für das Reichsgericht nicht gleichgültig sein.“

Ausführungen des „Bad. Beob.“

Zum Reichsbahnstreik schreibt der „Bad. Beob.“ u. a.: „Es wäre an der Zeit, daß die ‚Berliner Kreise‘ sowohl in der Regierung wie in den Parteien endlich einmal begriffen, daß Berlin weder die Welt, noch auch nur Deutschland bedeutet oder mit anderen Worten ausgedrückt: Wir wollen in der Republik nicht auch einen Obristenstaat haben, der von Berlin aus alles reglementiert, so wenig wie wir in den Parteien eine berlinerisch gefärbte Zentralisierung des Parteilebens entgegensehen möchten. Die Gefahr einer solchen Entwicklung besteht nicht nur; wir haben vielmehr den Eindruck, daß sie schon sehr aktuell geworden ist. Man kann zwar zugeben, daß der Schritt des Reichsgerichtspräsidenten ungewöhnlich ist, aber noch ungewöhnlicher war das Vorgehen der Reichsregierung in der Frage der Besetzung des Verwaltungsrates der Reichsbahn. Hier liegt die Ursache alles Befremdens und aller Verwunderung. Jedenfalls versteht es die gegenwärtige Reichsregierung vorzüglich, sich die Sympathien des Südens zu erwerben.“

Das Blatt bringt dann eine Zuschrift, in der es heißt: „Die Art, wie die Reichsregierung über den berechtigten Anspruch Badens auf einen Sitz im Verwaltungsrat der deutschen Reichsbahn zur Tagesordnung übergegangen ist, hat in allen Kreisen, ohne Unterschied der Parteistellung, tiefstes Befremden hervorgerufen. Wer den Gang der Dinge im einzelnen kennt, der kann nur sagen: provokatorischer und verlegender konnte das Verfahren überhaupt nicht mehr sein. Dabei haben, wie wir zu wissen glauben, die badische Regierung und ihre Vertreter schon seit vielen Monaten keine Gelegenheit, auch nicht die der persönlichen Zusammenkünfte mit dem Reichsverkehrsminister von Guérard, unbenutzt gelassen, sondern immer und stets auf die Verrechnung und die Notwendigkeit einer Vertretung Badens im Verwaltungsrat hingewiesen. Tief bedauerlich ist dabei allerdings — und das muß in der gegenwärtigen Situation offen gesagt werden —, feststellen zu müssen, daß der unserer Partei angehörige Reichsverkehrsminister nur recht wenig Verständnis für unser Recht an den Tag legte und trotz der in letzter Stunde noch einmal erfolgten Warnung durch einen Vertreter Badens dem Reichs-

kabinett keine Vorschläge unterbreitete, die eine Berücksichtigung Badens vollständig ausschloßen. Obwohl es nach unserer Kenntnis der Verhältnisse gar nicht besonders schwer gewesen wäre, bei der Auswahl der Vertreter dem Lande Baden praktisch entgegenkommen zu können, wurde auch jedes, selbst das kleinste Entgegenkommen, brüskt abgelehnt. So konnte es kommen, daß das organisierte Großkapital der Konzerne den Beschluß des Reichskabinetts mit größter Befriedigung ausgenommen hat, während das Volk im deutschen Süden erkennen mußte, daß man für seine besonderen Belange aber jedes Verständnis vermissen ließ.“

Württemberg's schärfste Verwahrung

Das Württ. Staatsministerium hat — wie es mitteilen läßt — gegen das Vorgehen der Reichsregierung bei der Ernennung der Verwaltungsratsmitglieder der Deutschen Reichsbahngesellschaft schärfste Verwahrung eingelegt und sein Bedauern über die Zuspätkommen des Streitfalles ausgedrückt, für die Württemberg keine Verantwortung trifft.

Das vierte Reparationsjahr

Der Jahresbericht des Generalagenten für Reparationszahlungen ist, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, nunmehr fertiggestellt. Er wird in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit übergeben werden. Die Berichte der einzelnen Kommissare und Treuhänder, die nach dem Dawesgesetz fungieren, liegen bereits in deutscher Übersetzung vor. In einzelnen ist ihnen folgendes zu entnehmen:

Der Bericht des Kommissars für die verpfändeten Einnahmen stellt fest, daß der Reservefonds im Juni dieses Jahres den Betrag von 100 Millionen Goldmark erreicht hat und daß infolgedessen seitdem an ihn nur noch die monatlichen Haushaltszahlungen von 4 1/2 Millionen Goldmark geleistet werden. Die Einnahmen aus dem Reservefonds fließen jetzt, da die Grenze von 100 Millionen erreicht ist, der Reichsregierung zu. Bei der Besprechung der Reichsregierung stellt er fest, daß mit der Erhöhung des Bierverkaufspreises, die nach der Steuererhöhung von 1927 eintrat, die Zahl der für den Hausbedarf brauenden Hausbrauer auf über 25 000 gestiegen ist.

Aus dem Bericht des Treuhänders für die Reichsbahnobligationen geht hervor, daß über die im Jahr 1928 begonnene Tilgung der Obligationen ein Übereinkommen zwischen der Reparationskommission und dem Treuhänder einerseits, der Reichsbahn und der Reichsregierung andererseits erzielt worden ist.

Sehr umfangreich ist, wie alljährlich, der Bericht des Reichsbahnkommissars. Es spricht der Kommissar die Erwartung aus, daß die Reichsbahn bei Durchführung einer vernünftigen Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren ihre Ausgaben decken könnte, ohne erneut zu dem Mittel einer Tarifserhöhung greifen zu müssen. Bedingung hierfür sei allerdings, daß ihr nicht neue unvorhergesehene Lasten auferlegt werden. Tatsächlich sei die Lage für die Reichsbahn im ganzen genommen nicht ungünstig, da ihre Vermögenslasten, Aktien, Reparationsschuldverschreibungen und sonstige Schulden zusammen nur einen relativ geringen Prozentsatz der Einnahmen, etwa 13 Proz., beanspruchten. Andererseits hätten sich Verkehr und Einnahmen in den letzten Jahren recht günstig gestaltet, obwohl auch die Ausgaben, besonders die persönlichen, angewachsen seien.

Zu dem Urteil des Reichsbahnkommissars, daß die Reichsbahngesellschaft jährlich über eine Milliarde für Abschreibungen aufzuwenden habe, bemerkt der Kommissar, daß das Reichsbahngesetz ausdrücklich die Bedingungen für die Tilgung und Lösung der Aktien auf der Passivseite der Bilanz angegeben habe. Bei Beobachtung dieser Vorschriften genügt die Reichsbahngesellschaft, so stellt der Kommissar fest, allen zu erfüllenden Verpflichtungen, sie hat in keiner Weise nötig, hierfür weitere Rückstellungen zu bilden. Wenn das Reichsbahngericht trotzdem 1100 Millionen jährliche Abschreibungen verlangt hat, so schließt sich der Kommissar dieser Forderung nicht an. Ihre Anwendung würde, wie er meint, bei der Reichsbahn ein Anzeichen der Tarifierbeweise, das für die Volkswirtschaft schädlich wäre. Es scheint, als ob die Kritik des Gerichts sich vornehmlich auf die üblichen Handelsgebräuche stütze und der Sonderlage der Reichsbahn nicht genügend Rechnung trage.

Der Bericht des Treuhänders für die deutschen Industrieobligationen erwähnt, daß im abgelaufenen Jahr auf Grund des § 18 des Industriebelastungsgesetzes veräußerliche Obligationen im Gesamtbetrag von 64,5 Millionen Goldmark gegen einen gleich hohen Betrag von Industrieobligationsangekauft worden sind. Im Besitz des Treuhänders befinden sich danach veräußerliche Obligationen im Gesamtbetrag von 589 Mill. Goldmark und unveräußerliche Obligationen im Betrag von 441 Millionen Goldmark.

Chamberlain zur Räumungsfrage

Im englischen Unterhaus sagte am Donnerstag in Erwiderung auf Anfragen Staatssekretär Chamberlain über die Rheinlandsfrage u. a.:

Soweit die Bepfestigungen von Lugano in Betracht kommen, kann ich dem neulich Gesagten nichts hinzufügen. Es sind keine neuen Verpflichtungen eingegangen oder von irgend jemand gefordert worden. Die Regierung wünscht, daß das Rheinland so bald wie möglich geräumt werde. (Garro Jones: Aber!) zief dann zwischen. Das ist nichts als eine allgemeine Redensart. Chamberlain fuhr fort: Wenn ich auf diese Fragen antworten und somit öffentlich Partei ergreifen wollte, dann würde ich meinen eigenen Einfluß und den Einfluß Großbritanniens zugunsten der Räumung, die von allen drei Mächten gewünscht wird, abschwächen. Das erste, was ich in Lugano zu tun hatte, war, die deutschen Vertreter von den falschen Auffassungen zu befreien, die durch solche parlamentarische Anfragen, wie sie von der Opposition an mich gerichtet werden, entstehen. Zunächstlich der gemeinsamen Manöver im Rheinlande erklärte Chamberlain: Die Sache ist so, daß wir unsere Streitkräfte im Rheinlande derartig vermindert haben, daß es unmöglich ist, diese kleine Truppe ihren jährlichen Ausbildungsurlaub durchmachen zu lassen. Unsere Militärbehörden waren daher froh, der französischen Einladung folgen zu können. Eine Zwischenfrage, ob eine Vereinbarung bestehe, daß die britischen Truppen nicht ohne Zustimmung Frankreichs aus dem Rheinlande zurückgezogen werden, beantwortete Chamberlain verneinend und fuhr fort: Wir glauben nicht, daß irgendein wertvolles Ergebnis durch die Zurückziehung der 7000 britischen Soldaten erreicht werden würde, wenn alle anderen Besatzungstruppen dort blieben. Es sei viel zweckmäßiger, uns um eine völlige Räumung des Rheinlandes zu bemühen.

Neue Kämpfe in China?

R.W. London, 21. Dez. „Times“ meldet aus Shanghai: Am oberen Yangtse werden Kämpfe erwartet, da man glaubt, daß General Tang Sen einen neuen Versuch unternimmt, die Herrschaft im dortigen Gebiet an sich zu reißen. Drei britische Kanonenboote sind in aller Eile von Hankow nach Honlau abgegangen.

Zum 50jährigen Priesterjubiläum des Papstes. In der Kirche von St. Carlo am Corso in Rom, wo vor 50 Jahren Papst Pius XI. seine erste Messe gelebte, fand am Donnerstag ein feierlicher Dankgottesdienst statt. Anlässlich des Beginns der Jubiläumfeierlichkeiten des Papstes hat Kardinal Banuti im Beisein des Gouverneurs und zahlreicher Behörden die neue Basilika Regina Pacis in Doria eingeweiht.

Der Kellogg-Pakt im amerikanischen Senat. Nach Rücksprache mit den Parteiführern beschloß Senator Borah die Beratung des Kellogg-Paktes im Senat bis nach den Weihnachtstagen zu verschieben.

Badischer Teil

Haushaltungen ohne eigene Wohnung

W. A. Trotz der großen Opfer, die für die Bekämpfung der Wohnungsnot schon gebracht worden sind, ist es bis heute noch nicht gelungen, den Wohnungsmangel zu beseitigen. Wie aus der in der Tagespresse bereits angekündigten neuesten Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes über „Wohnungszählung und Wohnungsbau in Baden“ zu entnehmen ist, wurden am 16. Mai 1927 in Baden noch 20 770 Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung festgestellt. Da die Zählung sich nur auf rund drei Viertel der Gesamtbevölkerung erstreckte, wird man im ganzen Lande am Stichtage der Erhebung mit ungefähr 23 000 wohnungslosen Haushaltungen und Familien rechnen müssen. Auf 100 Wohnungen kommen im Durchschnitt 5,0 Haushaltungen und Familien, die kein eigenes Heim haben.

Der Wohnungsmangel ist auf dem flachen Lande naturgemäß kleiner als in der Stadt; innerhalb der Städte äußert er sich umso drückender, je größer sie sind. Auf die 16 Städte des Landes mit 10 000 und mehr Einwohnern z. B. entfallen rund zwei Drittel (15 236) aller ermittelten Haushaltungen und Familien ohne eigene Wohnung, darunter auf Mannheim allein 5762, Karlsruhe 2718 usw. Im Verhältnis zum Gesamtwohnungsbestand ist der Wohnungsmangel in Mannheim mit 9,4 Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung auf 100 Wohnungen in Freiburg mit 7,8 am größten. Die großen Städte werden indessen von einigen Landgemeinden der unteren Rheinebene, in denen viele Fabrikarbeiter wohnen, übertroffen. In der Gemeinde Spöck (Amtsbezirk Karlsruhe) z. B. kommen auf 100 Wohnungen 15,4 wohnungslose Haushaltungen und Familien, in Rirschweiler (Weinheim) 11,1 in Weiber (Bruchsal) 10,5, in Kirrlach (Bruchsal) 9,6, in Peterstal (Seibersberg) ebenfalls 9,6 usw.

Für die größeren Städte und die Industriegebiete liegen auch Angaben über die Wohnungsverhältnisse der Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung vor, insgesamt handelt es sich dabei um 18 410 Untermietergruppen, also den größten Teil der eingemieteten Haushaltungen und Familien. Diese Untermietergruppen verteilen sich auf 17 580 Wohnungen, und zwar sind untergebracht in

4910 Wohnungen neben der Haushaltung des Wohnungsinhabers Familien ohne eigene Haushaltung und Einzelpersonen, 12 094 Wohnungen neben der Haushaltung des Wohnungsinhabers eine Untermieterhaushaltung, Familien und Einzelpersonen,

576 Wohnungen neben der Haushaltung des Wohnungsinhabers zwei und mehr Untermieterhaushaltungen, Familien und Einzelpersonen.

Rund 700 Haushaltungen und Familien ohne eigene Wohnung (693), zu denen jeweils drei oder mehr Personen gehören, sind gedungen, mit zwei oder mehr anderen Haushaltungen in einer Wohnung zusammen zu leben. Vielfach wohnen Untermieter bei nahen Verwandten. Die Verarmung unseres Volkes durch Krieg und Inflation hat in vielen Fällen heiratende Kinder gezwungen, bei ihren Eltern in Wohnung zu bleiben. Andererseits haben auch Kinder oder nahe Verwandte Angehörige in nichteigene Wohnung aufgenommen, die nicht mehr in der Lage waren, eine eigene Haushaltung zu führen. Ein Teil dieser Untermieter wird keine eigene Wohnung mehr wünschen. Die Verwandtschaftsverhältnisse der Untermieter und der Wohnungsinhaber sind deshalb für die Beurteilung der Wohnungsnot von Bedeutung. Von den 18 410 Untermietergruppen wohnen rund 50% (9 205 v. S.) bei Verwandten, der Rest bei nichtverwandten; ungefähr die Hälfte der Untermietergruppen (8981) ist bei Eltern, Schwiegereltern oder Großeltern in Miete.

Seit dem Zählungstermin (16. Mai 1927) hat naturgemäß ein Teil der wohnungslosen Haushaltungen und Familien eine Wohnung gefunden. Nach vorsichtiger Berechnung wird man heute die Zahl der Haushaltungen und Familien, die noch eine eigene Wohnung wünschen, auf 15 000 bis 16 000 schätzen können.

Eine schweizerische Denkschrift zur Rheinregulierung

Die Basler Handelskammer hat den Mitgliedern des schweizerischen Bundesrats und des Parlaments eine Denkschrift für die Rheinregulierung überreichen lassen. In dieser Denkschrift wird betont, daß der Beweis für die Lebensfähigkeit der Rheinschiffahrt erbracht ist, in der Zukunft aber der Rheinschiffahrt Gefahr drohe, wenn die Wasserstraßen weiter so verwildern, wie dies zur Zeit der Fall ist. Es wird den schweizerischen maßgebenden Instanzen genau auseinandergesetzt, welche Aufwendungen für die Schiffahrt gemacht wurden, und wie es möglich sei, den Verkehr auf dem Rhein fast das ganze Jahr aufrechtzuerhalten. Der Bundesrat wird ersucht, die Regulierungsverhandlungen mit dem Ausland derart zu fördern, daß die Arbeiten im Rhein bereits im Frühjahr beginnen können.

Bekanntlich ist Deutschland bereit, 40 Prozent der Baukosten der Regulierung zu übernehmen und auch für den Unterhalt auf seiner Strecke zu sorgen; was aber noch aussteht, ist eine Abmachung mit Frankreich. In der Schweiz befürchtet man, daß Deutschland seine Zulage zurückziehen könnte, wenn die Abmachungen bzw. die Aufnahme der diesbezüglichen Verhandlungen noch weiter hinausgeschoben werden.

Neugründung des Badischen Weinbauverbandes

Die verschiedenen Winzer- und Weinbauverbände Badens hatten in einer Sitzung am 29. und 30. November 1928 beschlossen, sich zu einem einheitlichen Verband zusammenzuschließen. Der Sitz des Verbandes sollte Freiburg sein. Am Donnerstag fand nun in Offenburg die konstituierende Versammlung und zugleich erste Generalversammlung statt. Graf Douglas leitete die Versammlung. Freiherr von Oßler gab den Entwurf der Satzungen bekannt, der einstimmig Annahme fand. In den Landesauschuss wurden gewählt u. a. Direktor Dr. Müller, Karlsruhe, Weingutsbesitzer Lang, Reichenbach, und Verbandspräsident Heibel, Karlsruhe. Anschließend fand die erste Sitzung des Landesauschusses statt.

Gemeinderundschau

Winterhilfsmassnahmen der Stadt Mannheim. Von den vom Badischen Landtag bewilligten 50 000 M für Bedürftige wurden der Stadt Mannheim 10 000 M überwiesen. Die Stadt fügte aus eigenen Mitteln 20 000 M hinzu, so daß insgesamt 50 000 Familien, vor allem solche ausgesetzter Erwerbsloser, je 60 M erhielten. Aus besonderen Mitteln wurden 1581 schulpflichtigen Kindern von Armenunterstützungsempfängern je 30 M als Erziehungsbeihilfe gewährt. Es handelt sich bei diesen Unterstufungen um Mittel des Kreises. In rund 4300 Fällen wurden vor allem Sozial- und Kleinrentnern und Kriegsbeschädigten je zwei Zentner Brennstoff verabreicht. Aus der Gebäudebesondersteuer erhalten etwa 5000 Personen Mietbeihilfen. Rund 4500 Kinder sind zu täglichen Frühstückspeisungen zugelassen, zum Teil unentgeltlich. Ebenfalls unentgeltlich werden täglich an 700 Kinder Mittagessen abgegeben. In der Volkshilfe erhalten monatlich etwa 2500 Personen freies Essen. In einer großen Zahl von Fällen werden Erwerbslosen noch Sonderbeihilfen für Kleidung, Wäsche usw. gewährt. Außerdem erhalten sie Lebensmittelgutscheine im Werte von 3 bis 5 M. Etwa 900 solcher Anträge pflegen monatlich genehmigt zu werden. Die oben angeführten außerordentlichen Hilfsmassnahmen werden den ganzen Winter durchgeführt.

Der Bürgerausschuss Emmendingen genehmigte 87 200 M zur Herstellung zweier neuer Straßen. Zur Deckung eines Teiles werden die jetzigen und künftigen Anlieger der Straße herangezogen. Für die Renovierung der Diensträume und für Anlage von Tresorraum für die Sparkasse Hochberg wurden 50 000 M einstimmig bewilligt. Ebenso wurde eine Abänderung der Satzungen der Masse gutgeheißen, wonach u. a. die zulässigen Kredite für Private von 10 000 auf 25 000 Reichsmark und für Gemeinden von 20 auf 50 000 M erhöht werden. Anschließend an die Tagesordnung erstattete Bürgermeister Hirt Bericht über den Stand der Gasfernversorgung ins Elstal und über die beabsichtigte Ausdehnung des Netzes in nördlicher Richtung, sowie über die Frage der Erweiterung des Bahnhofs, dessen enge Raumverhältnisse dem steigenden Güter- und Personenverkehr nicht mehr gewachsen sind.

Der Bürgerausschuss Leutesheim (Amt Nebl) hat in seiner letzten Sitzung der Vergrößerung des Ausladebahnhofs der Mittelbadischen Eisenbahngesellschaft und der Kultivierung von fünf Hektar Rheinwald und Umwandlung in Wiesen zugestimmt.

Verschiedenes

Festnahme des Kilmbacher Kassenräubers

Der gesuchte zweite Kassenräuber wurde Donnerstagabend in Marktst. (Oberfranken) festgenommen. Er wollte sich der Festnahme widersetzen, wurde aber von einem Polizeibund angefaßt und kam nicht mehr zum Schicksal. Der Verhaftete heißt Wilhelm Berner, und ist 1898 zu Weibsburg in Westfalen geboren. Er ist bereits wegen Raubes mit acht Jahren Zuchthaus bestraft. Der andere Räuber, der sich selbst schwere Schußverletzungen beigebracht hatte, ist am Donnerstag gegen Mitternacht gestorben. Auch der durch vier Wundschüsse schwer verletzte Gendarmestationskommandant Krauß von Neuenmarkt ist heute, Freitag morgen, im Landfrankenhaus zu Bayreuth seinen tödlichen Verletzungen erlegen. Bei seiner Vernehmung hat der Kassenräuber Berner neben dem Überfall auf die Stationskasse in Oberhaid bei Amberg auch den Raub in Wendling zugegeben, ferner über einen ihm zur Last gelegten schweren Einbruchdiebstahl und über die Straftaten der letzten zwei Tage in Kilmbach, Wirsberg und Nichtenfels ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Gasexplosionen in London

London, 21. Dez. Unterirdische Gasexplosionen, die seit gestern früh die Londoner Bevölkerung beunruhigten, haben sich auch in der Nacht noch fortgesetzt. Um 2,30 Uhr morgens waren noch immer unterirdische Explosionen zu vernehmen. Die Fundamente mehrerer Häuser an der Ecke von High Street und Denmark Street gelten als gefährdet. Die Sachverständigen befürchten, daß sich unter dem Straßenniveau zahlreiche Ansammlungen beträchtlicher Gas mengen gebildet haben, aus denen das Gas allmählich in die Keller und anderen Kammern der Häuser einströmen wird. In dem Explosionsgebiet in Zentral-London schlugen an einer Straßenzugung um Mitternacht noch immer bis zwei Meter hohe Flammen aus einem der vielen Krater, die in den Asphalt gerissen worden sind. Die Gefahrengone ist von der Polizei streng abgesperrt. In der Luft ist starker Gasgeruch wahrnehmbar. An den Straßenecken hängen Schilder mit der Aufschrift „Rauchen verboten“. Ungefähr 400 Familien sind zum Räumen ihrer Häuser aufgefordert worden. Die Störungen des Straßenverkehrs waren sehr groß, besonders zur Zeit des Theaterschlusses. Von 15 mit Verletzungen oder wegen Gasvergiftung ins Krankenhaus gebrachten Personen konnten 7 nach der Behandlung wieder entlassen werden. Der den Leuten durch die Störung des Weihnachtsgeschäfts zugefügte Schaden ist sehr groß; der den Straßen selbst zugefügte Schaden wird auf etwa eine Million Reichsmark geschätzt. Die Beschädigungen der Häuser sind noch nicht abgeschätzt worden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Zeitungsnotierungen

	21. Dez.	20. Dez.
Amsterdam 100 G.	168.34	168.63
Kopenhagen 100 Kr.	111.87	112.09
London . . . 100 £.	21.94	21.98
Paris . . . 100 Fr.	20.336	20.376
New York . . . 1 D.	4.1895	4.1975
Schweiz . . . 100 Fr.	16.40	16.44
Wien 100 Schilling	80.785	80.945
Prag . . . 100 Kr.	59.025	59.145
	12.418	12.438

Ein neuer Industrietrostoff. Nach langen Versuchen, die bis auf den März d. J. zurückgehen, ist es nunmehr gelungen, eine Erfindung auszubauen, die, wenn sie sich wirtschaftlich bewährt, berufen ist, die Kautschukindustrie bedeutend zu erweitern. Nach einem von Dipl.-Ing. Biltwiler erfundenen Verfahren ist es jetzt möglich, aus minderwertigem Rohstoff, Strohhalm, spinnfähige Textilfasern herzustellen. Ferner ist es möglich, die Erzeugung von Zellstoff bedeutend zu vereinfachen und zu verbilligen. Zur Verwertung dieser Erfindung ist, wie bereits gemeldet, in Zürich eine Aktiengesellschaft für Papier und Zellstoff mit einem Kapital von vorläufig 800 000 Franken gegründet worden. Der Ausbau der Erfindung ist in Karlsruhe bei der Maschinenbau-Gesellschaft erfolgt, mit der aber keine kapitalmäßigen Bindungen irgendwelcher Art bestehen. Die Maschinenbau-Gesellschaft ist jedoch die Lizenzinhaberin für die neue Apparatur und kann somit bei einem Ausbau der Fabrikation auf gute Anträge rechnen.

Festsetzung des Zuderhöchstpreises. Im Anschluß an eine in Berlin abgehaltene Versammlung des Vereins der deutschen Zuderindustrie wurde in einer Sitzung des Zudererzeugungsausschusses der Zuderhöchstpreis mit 25,00 M pro 50 Kilo brutto für netto einschl. Sad Basis gemahlenem Melis Pfefferling Dezember 1928 frei Halle a. S. errechnet.

Aus der Landeshauptstadt

Planaritzung der Handwerkskammer Karlsruhe. Im Bürgeraal des Rathauses trat am Donnerstag die Handwerkskammer zu ihrer 71. Plenarsitzung zusammen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab nach Eröffnung der Tagung Präsident Henmann ein anschauliches Bild von der gegenwärtigen Lage des Handwerks. Die Lage des Handwerks sei schlecht. Der Konjunkturabstieg gehe in einem Tempo vor sich, das selbst die schlimmsten Befürchtungen übersteige. Die Arbeitslosigkeit fördere weiter die Schwarzarbeit und auch hier liege eine Schädigung des Handwerks. Der angespannte Geld- und Kreditmarkt tue sein übriges. Durch die ausgedehnte Kreditgewährung, die das Handwerk gezwungen sei zu geben, wird eine Kapitalbildung unmöglich gemacht. Gute Beschäftigung melde im Handwerk allein nur das Elektroinstallationsgewerbe. Präsident Henmann berichtete dann über die letzten in Berlin stattgefundenen Kundgebung des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks. Direktor Endres kritisierte scharf die gegenwärtige Steuerpolitik. Eine weitere steuerliche Belastung wäre das Schlimmste, was man der deutschen Wirtschaft antun könnte. Der Nationalisierung der Wirtschaft müsse die Nationalisierung des Staates folgen. Der Steuerdruck könne gemildert werden durch Beschränkung der Regiebetriebe von Reich, Staat und Gemeinden, durch Abbau von Ämtern, die keine Existenzberechtigung mehr haben. Der Redner wandte sich weiter gegen die Erhöhung der Realsteuern und Wiedereinführung der Reichsvermögenszuwachssteuer. Im Anschluß wurde die Änderung des Paragraphen 13a der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens beschlossen. Danach steht den Lehrlingen eine Vergütung zu, es sei denn, daß die bestimmten Handwerkszweige der Gewährung einer Entschädigung neben der Zubilligung von Kost und Wohnung bestimmen. Zur Meisterprüfungsordnung für das Elektroinstallationsgewerbe wurde ein Antrag angenommen, der die Zulassung zur Meisterprüfung von einer nachweislich fünf Jahre umfassenden Gehilfenzeit abhängig macht. Die Erörterung des Voranschlages für das Jahr 1929 und die Sicherung der Kauforderungen bildeten den Schluß der Tagung.

In der Rheingold-Expreß, der bisher mit sechs Wagen fuhr, im vergangenen Sommer sich außerordentlich gut rentiert hat, so trägt sich die Reichsbahn-Gesellschaft mit dem Gedanken, ihn im kommenden Frühjahr zu vergrößern. Sie hat deshalb eine Reihe weiterer Wagen für den Rheingold-Expreß in Auftrag gegeben.

Der Karlsruher Einzelhandel hält seine Läden am Sonntag, den 23. Dezember, von 11 bis 6 Uhr und am Montag, den 24. Dezember (H. Abend), bis abends 7 Uhr geöffnet. Es empfiehlt sich, die Weihnachtseinkäufe frühzeitig zu tätigen, um eine möglichst ruhige Abwicklung des Geschäftes am Heiligen Abend zu gewährleisten.

Badisches Landes-Theater. Die am ersten Weihnachtstag stattfindende Neuenstudierung der „Meisterfänger“ ist von dem Gesichtspunkte aus geleitet, diesem Werke Festspielform zu geben. Lorien Hecht hat für neue Dekorationen gesorgt, die durch ihre Neuartigkeit den Bühnenbildern auch hierin manchen Reiz verleihen werden. In den Hauptrollen wirken mit, die Damen Seiberlich und Magda Straß, die Herren Kaufmänn, Löfer, Dörner, Schuster, Theo Straß, Waldmann und Dr. Wucherpfennig. Die Inszenierung leitet Otto Krauß, die Partitur wird Josef Krips dirigieren. Auch der zweite Feiertag bringt uns eine Neuenstudierung, und zwar die allgemein beliebte Operette „Boccaccio“. Auch hier wird neue Dekorationen geschaffen werden. Das Werk wird in folgender Besetzung in Szene gehen: Mani, Fischbach, Seiberlich, Magda Straß, Ziegler, Worobin, Felgisch, Gröbinger, Gospach, Kaufmänn, Löfer, Renzow, Dörner. Die musikalische Leitung hat Josef Krips, die Regie führt Otto Krauß.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Ein über Südrussland erstreckenes Tief hat durch eine flache Rinne mit dem Teufel in der Nordsee Verbindung bekommen und verhindert bei uns das Aufkommen westlicher Winde. Die Frostbildung wird daher noch anhalten. Im Gebirge hat sich der Frost bei östlicher Luftzufuhr verschärft. Wetterausblick: Fortdauer des Frostwetters, meist wolfig und trocken bei östlichen Winden.

Kurze Nachrichten aus Baden

ibid. Bruchsal, 20. Dez. Bildhauer Karl Wahl in Karlsruhe hat von dem Ehrenbürger der Stadt Bruchsal, Ministerialrat Professor Dr. Gies, eine Porträtstatuette in Holz gefertigt, deren Erwerb zu angemessenem Preise zwecks Aufstellung in den städtischen Sammlungen im Schloß beschlossen wird.

ibid. Ettlingen, 21. Dez. Mit Beginn dieser Woche wurde bei der Firma Gesellschaft für Spinnerei und Weberei Ettlingen der größte Teil der bereits arbeitslosen Textilarbeiter wieder in den Betrieb genommen zu den alten Maschinen. Dafür wurden jedoch andere Arbeiter entlassen.

ibid. Gienbach (bei Donaueschingen), 21. Dez. Im Joliet in Amerika starb im Alter von 87 Jahren eine badische Kriegsheldin von 1870, die Schwester Franziska Spraul. Sie war in Haslach bei Oberkirch 1841 geboren, trat 1866 in die neugegründete Genossenschaft der Franziskanerinnen bei Gienbach ein und machte den 70er Krieg als Krankenpflegerin mit. Für ihre aufopfernde Pflege in mehreren Feldlazaretten erhielt sie nicht nur die Badische Verdienstmedaille, sondern auch das Eisener Kreuz.

D. J. Freiburg i. Br., 20. Dez. Köhlich und unerwartet ist heute morgen Sparassendirektor Ferdinand Köhlich einem Schlaganfall erlegen. Köhlich wurde am 21. Oktober 1864 zu Kappel am Rhein geboren. Am 1. Juli 1888 trat er beim Stadtrentamt in Freiburg ein. Am 12. Dezember 1894 wurde er zum Sparassendirektor der Städtischen Sparkasse Freiburg ernannt. 1919 bekam er den Titel Sparassendirektor. Am 19. August 1922 konnte Köhlich sein 40jähriges Dienstjubiläum feiern. Köhlich war weit über Freiburgs Grenzen bekannt. Während der 34 Jahre, die er der Städtischen Sparkasse vorstand, hat er sie zu ihrem jetzigen Umfang ausgebaut.

D. J. Freiburg i. Br., 20. Dez. Das erweiterte Schöffengericht fällt heute abend in dem Klageprozess folgendes Urteil: Der Angeklagte Schulz wird wegen mehrfachen Kontrahatsverbrechens und Betrugs in zwei Fällen zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt, der Angeklagte Schimmer wegen des gleichen Verbrechens und Betrugs in drei Fällen zu 1 Jahr 10 Monaten Gefängnis. Der angeklagte Stadt- und Bezirksrat, Rechtsanwalt Marbe, wurde freigesprochen. Soweit in dem Verfahren Freispruch erfolgte, sollen die Kosten der Staatskasse zur Last. Die übrigen Kosten haben die Angeklagten zu tragen.

D3. Freiburg i. Br., 19. Dez. Die Mitteilungen über studentische Konfliktbewegungen werden als übertrieben bezeichnet. Die Streitigkeit zwischen christlichen und jüdischen Studenten bezieht sich lediglich auf das Korporationsstudententum, das den geringsten Teil der Studenten an der Universität ausmacht. Von einem Boykott von „Wirtschaften, Konditoreien, Friseurien und Kaufleuten, die von jüdischen Verbindungsstudenten besucht werden, durch einen großen Teil der übrigen Freiburger Studentenschaft“ könne nicht die Rede sein, denn lediglich einige Korporationen haben, wie das an allen Universitäten üblich ist, den Besuch bestimmter Lokale in Couleur ihren Angehörigen verboten.

* Schaffhausen, 21. Dez. Auf den Schienen der badischen Bahn bei Schaffhausen wurden die schrecklich verstümmelten Leichen eines Mannes und einer Frau aufgefunden. Beider Persönlichkeit ist noch unbekannt.

Staatsanzeiger

Sammlungen
Die der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung mit Erlaß vom 14. Mai 1928 („Karlsruher Zeitung“, Staatsanzeiger, vom 16. Mai 1928, Nr. 115) erteilte Sammlungserlaubnis wird unter den bisherigen Bedingungen bis 31. Dezember 1929 verlängert.

Karlsruhe, den 19. Dezember 1928.
Der Minister des Innern
J. B.: Föhrenbach

Bekanntmachung
Naturforschungsgebiet Seefelder Mündung.
Nr. A. 25 299.
Auf Antrag des Bezirksamts Aherlingen habe ich das Mündungsgebiet der Seefelder Aach bei Unterküdingen am Bodensee mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an zunächst auf die Dauer von fünf Jahren zum Naturforschungsgebiet erklärt.

Das geschützte Gebiet umfaßt das Gelände zwischen Bodensee und Seefelder Aach von der Aachmündung ostwärts bis zum Unterküdingen Strandbad, läuft von hier in nordwestlicher Richtung längs des Eisenbahngeländes bis zur Einmündung des Aachbaches und folgt sodann dem rechten Ufer der Seefelder Aach einschließlich des Gebiets zwischen Aach und Fußweg nach Seefeld bis zum eisernen Aachweg.

Innerhalb der angegebenen Grenzen ist jeder Eingriff in Bodengestaltung, Tier- und Pflanzenwelt zu unterlassen. Die Streunung bleibt dem Berechtigten vorbehalten.
Karlsruhe, den 15. Dezember 1928.
Der Minister des Kultus und Unterrichts
Leers.

Bekanntmachung

Ausbau der Realschulen
Gemäß § 10 der landesherrlichen Verordnung vom 18. September 1909, die Einrichtung der Höheren Lehranstalten betr., wird der zum Abschluß gelangene, in Stufen erfolgte Ausbau folgender Anstalten zu neunklassigen Höheren Lehranstalten und die Erweiterung von solchen bekanntgegeben:
Das Realgymnasium in Säckingen,
die Oberrealschulen in Bretten, Bühl, Lörzach und Wiesloch.

die Aufbauberrealschulen in Lahr und Tauberbischofsheim, die Mädchenrealschulen mit Mädchenoberrealschulen in Karlsruhe (Fichte- und Kautzschschule), Konstanz (Friedrich-Luisenschule), Mannheim (Elisabethschule), Pforzheim (Sildaschule), die Mädchenrealschule mit Mädchenrealgymnasium nebst realgymnasialer Abteilung in Karlsruhe (Bessingschule), die Mädchenrealschule mit Mädchenrealgymnasium nebst gymnasialer Abteilung in Heidelberg.
Frauensschulen sind angeschlossen den Mädchenrealschulen in Baden-Baden, Freiburg i. Br., Heidelberg, Karlsruhe (Fichte- und Kautzschschule), Mannheim (Elisabethschule) und Offenburg.
Karlsruhe, den 15. Dezember 1928.
Der Minister des Kultus und Unterrichts:
J. B.: Dr. Huber

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Finanzministeriums
Wasser- und Straßenbaudirektion
Verleitet:
Straßenbaumeister Anton Winkelspecht in Griesheim nach Schwetzingen, Vermessungssekretär Theodor Zuder bei der Wasser- und Straßenbaudirektion zum Vermessungsamt Donaueschingen.
In den Rubrikstand tritt kraft Gesetzes:
Straßenwärter Rathaus Feld in Vettstetten.

Statt besonderer Anzeige.
Am Donnerstag, den 20. Dezember, verschied im Städtischen Krankenhaus in Karlsruhe mein lieber Mann
Gustav Hambrecht
Forstrat in Gernsbach.
Gernsbach, den 21. Dezember 1928.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Frau Helwina Hambrecht.
Die Beerdigung findet am Montag, den 24. Dezember, vormittags 11¹/₂ Uhr, auf dem Friedhof in Karlsruhe statt.

Badisches Landestheater
Samstag, 22. Dezember
Nachmittags:
Kasperle auf Weihnachtsurlaub
Luftiges Weihnachtsstück von Ulrich von der Trenck
Regie: v. d. Trenck
Mittwöchende:
Bertram, Ermarth, Genter, Quaiser, Ziegler, Vortfeldt, Brand, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Jusi, Moebke, Regner, Müller, Prüter, Schneider, Schulze
Anfang 15 Ende 17¹/₂
I. Rang u. I. Sperrfif 3.20

Denke an die Zukunft!
Schenke Deinen Lieben
Zu Weihnachten ein
SPARBUCH
der mit Gemeindebürgerschaft ausgestatteten badischen öffentlichen Sparkassen.
Du legst damit den Grundstein für künftigen Wohlstand und Zufriedenheit, Du schaffst eine bleibende Weihnachtsfreude!

Nehmen Sie
Bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“
Worbmbel Mercedes
Günstig ab Fabrik an Privatreisende
Bestimmte Auswahl, reichhaltige Auswahl auf Wunsch.
Mercedes, Lorch, u. a.
Partettböden
Eichen und Buche repariert und reinigt, auch auswärts
Sillard, Kaiserstraße 51
Telephon 1930

D.245. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Karl Fideisen, Großhandlung, Inhaber Geschwister Anna und Frieda Fideisen in Karlsruhe, Gerwigstraße 16, ist Termin zu einer Gläubigerversammlung mit der Tagesordnung: Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und Beschlußfassung über Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse bestimmt auf: Dienstag,

den 8. Januar 1929, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Akademiestr. 4, I. Stock, Zimmer Nr. 34, Karlsruhe, 13. Dez. 1928.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 8.
D.244. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkursverfahrens sowie die Verfügungsbefugnis über das Vermögen des Kaufmanns Erich Braun in Karlsruhe, Kammitstraße 3, wurde nach Bestätigung des Vergleichs aufgehoben.
Karlsruhe, 15. Dez. 1928.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1.

Colosseum
Das neue Weihnachtsprogramm!
Spadoni Sisters
mit ihrer Zirkus-Variété-Revue!
Tägl. 8 Uhr, Sonn- und Festtags 4 und 6 Uhr Vorstellungen

Ludwig Schweisgüt
Karlsruhe i. B.
Erbsenstraße 4
beim Rondellplatz
Flügel
Pianos 124
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Les Bücher
Wissen ist Macht!

BERTOLD BRÄU
Das beliebte Spezial-Starkbier Bertold-Bräu zu den Fest- und Feiertagen.

D.234
Güterrechtsregisterintrag
Band 2, Seite 67: Kreiter, Martin Müller, und Frieda Winkelspecht. Vertrag vom 8. Dez. 1928. Erbschaftsgemeinschaft.
Bretten, 13. Dez. 1928.
Amtsgericht.

D.233
Güterrechtsregisterintrag
Band 3, Seite 189: Jun, Heinrich, Automechaniker in Bruchsal, und Elise geb. Schühly. Vertrag vom 11. Dezember 1928. Erbschaftsgemeinschaft des Erb. Als Vorbehaltsgut der Frau ist erklärt, was in § 1, Abs. 3 des Vertrags unter a, b, c als solches bezeichnet ist.
Bruchsal, 19. Dez. 1928.
Amtsgericht I.

D.248
Güterrechtsregisterintrag:
1. Zu Band 1, Seite 173: Gerjmer, Ludwig V., Rauzer, Morich, und Carolina geb. Ded. Vertrag vom 4. Dezember 1928. Unter Aufhebung des bisherigen Güterrechts: Allgemeine Gütergemeinschaft mit Vorbehaltsgut beider Eheleute.
11. Dez. 1928.
2. Seite 174: Sönning, August Friedrich Albert, Dipl.-Ingenieur, Karlsruhe, und Ilse geb. Krieg. Vertrag, vom 10. Dez. 1928. Gütertrennung. 15. Dez. 28.
3. Seite 175: Weimer, Paul, Kaufmann, Karlsruhe, und Anna geb. Schneider. Vertrag vom 30. November 28. Erbschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 15. Dez. 1928.
Amtsgericht Karlsruhe.